



**Karl Josef Partsch**

24. Juni 1914 – 30. Dezember 1996

»Die Konvention zur Beseitigung der Rassendiskriminierung« war im Jahre 1971 der erste Aufsatz des Bonner Juraprofessors in dieser Zeitschrift überschrieben. 1969 war er in das Amt eines in persönlicher Eigenschaft tätigen Sachverständigen in dem unter dem Übereinkommen eingerichteten Ausschuss gewählt worden, das er dann zwei Jahrzehnte lang versehen sollte. Selbst hatte er einen Rassismus, der vom Staat, aber auch von den Mitbürgern ausging, als Enkel eines jüdischen Großvaters in der Nazi-Zeit erfahren müssen; Aufhebens davon machte er später nicht. Den Krieg überstand er mit Glück in der Marine, die ihn als Italienisch-Dolmetscher einsetzte. Seine wissenschaftliche Laufbahn nach dem Krieg wurde durch eine mehrjährige Tätigkeit im Auswärtigen Amt nicht unterbrochen, sondern ergänzt.

Er war der erste Deutsche in einem Expertengremium der UN, und dies vor dem deutschen Beitritt zu den Vereinten Nationen. Für die Weltorganisation engagierte er sich auch im Rahmen der DGVN. Ihrem Vorstand gehörte er von 1972 bis 1983 an (danach dem Präsidium); Vorsitzender war er von 1977 bis 1979. Anlässlich seines 70. Geburtstags ehrten ihn die Vereinten Nationen mit ihrer Friedensmedaille. Die Zeitschrift VEREINTE NATIONEN bereicherte er nicht nur mit seinen Beiträgen – für dieses Heft war eine Rezension aus seiner Feder verabredet –, sondern förderte sie auch eineinhalb Jahrzehnte lang als Vorsitzender ihres Beirats. Seine hohen Anforderungen an Qualität und Fachkompetenz haben Maßstäbe gesetzt.

Prof. Dr. Rüdiger Wolfrum  
– Vorsitzender der DGVN –

Dr. Volker Weyel  
– Chefredakteur –

bung der Aufgaben war dann nicht mehr vom Überwachen (monitoring) die Rede, sondern nur mehr vom Beobachten (observing).

### 5. Westsahara

Der Versuch, einem Selbstbestimmungsreferendum in dem seit zwei Jahrzehnten von Marokko besetzten Territorium näherzukommen, blieb nach Empfinden Bonner Diplomaten »ein mühsames Unterfangen ohne Fortschritte«. Vor Ort, in der MINURSO, ist Deutschland mit sechs Beobachtern beteiligt. Im Dezember 1995 haben Frankreich, die USA und Großbritannien einen »sehr einseitigen Resoluti-

onsentwurf eingebracht«, der Marokko deutlich besser gestellt hätte als die Freiheitskämpfer der Polisario. Deutschland habe, da stets um Ausgewogenheit bemüht, sich in den informellen Konsultationen gegen dessen Verabschiedung gestellt und neue Verhandlungen erzwungen. Es war das erste und einzige Mal, daß Deutschland einen Entwurf zu Fall gebracht hat.

### Friedensoperationen

Die Idee von auf Abruf für Zwecke der Friedenssicherung bereitstehenden Truppen, sogenannten Standby-Kontingenten an Personal und Material, ist so alt wie die UN selbst. Unter den Bedingungen der Blockkonfrontation konnte sie nicht realisiert werden, wurde dann aber in einem gewandelten Umfeld von Generalsekretär Boutros-Ghali propagiert. In den USA hatte sie zunächst Beifall gefunden, verfiel jedoch nach der Tötung der 18 US-Soldaten in Mogadischu im Oktober 1993 heftiger Ablehnung.

Ähnlich umstritten wie in den USA war das Konzept auch in Deutschland; kaum hatten seine Vertreter zu Jahresbeginn 1995 im Sicherheitsrat Platz genommen, gab es die erste innenpolitische Auseinandersetzung zum Thema Friedensmissionen. Der Konflikt wurde während der gesamten zwei Jahre nicht gelöst. Das Auswärtige Amt in Bonn und seine Ständige Vertretung in New York waren stets um aktive Mitarbeit bemüht, wollten dem UN-Sekretariat Zusagen machen, um ihr Profil zu schärfen. Das Verteidigungsministerium und das Kanzleramt blieben skeptisch: »Wer am Verteidigungsminister vorbei über Soldaten verfügen will, dem wünsche ich viel Vergnügen«, sagte Verteidigungsminister Volker Rühle – eine klare Absage an Klaus Kinkel.

Während Boutros-Ghalis Besuch in Bonn im Januar 1995 bemühte man sich um eine Beendigung des Streits. Wie gering die Koordination auf deutscher Seite war, zeigte sich jedoch während einer zweitägigen Debatte, die im Sicherheitsrat just während des Besuchs stattfand. Auf Weisung aus Bonn hatte Botschafter Henze kurzfristig seinen Redetext abändern müssen. Im vorab verteilten Skript hatte er noch Soldaten »aus allen Waffengattungen« versprochen; in Kürze werde man weitere Einzelheiten mitteilen. Nun aber sagte er, daß man das Konzept der Verfügungsbereitschaftsabkommen grundsätzlich unterstütze, derzeit allerdings noch keine Truppenteile konkret benennen könne. Grund dafür sei die gegenwärtige »grundlegende Umstrukturierung« der Bundeswehr.

Hinter den Kulissen ging der Streit auch nach dem Bonn-Besuch des Generalsekretärs weiter, und im Grunde ist dieser Konflikt bis heute nicht beigelegt. Bis zu einem gewissen Grad hat er die deutsche Mitwirkung im Sicherheitsrat sogar geprägt. Unklar blieb beispielsweise, ob Deutschland auch Sanitäter oder Truppen außerhalb Europas einsetzen wird. Der Außenminister wollte dem UN-Sekretariat im November 1996 ein entsprechendes Angebot für den Einsatz in Zaire unterbreiten. Immerhin hatte Deutschland ja maßgeblich an der ersten einschlägigen Resolution 1078(1996) mitgearbeitet. Doch im Bundeskabinett gab es dafür wenig Verständnis. Am Ende hatte Deutschland Glück, daß die gesamte Aktion im Sande verlief und es nicht weiter auffiel, daß diejenigen, die als erste nach einer humanitären Intervention gerufen hatten, plötzlich sehr schweigsam geworden waren. Zu den weiteren Beratungen hatte der kanadische Leiter der Aktion, General Maurice Baril, die Deutschen gar nicht mehr hinzugezogen.

Klarheit herrscht mittlerweile auf der rechtlichen Seite: Die Verfassungsfrage ist nun als eine interessante Begebenheit der deutschen Verfassungsgeschichte abgehakt, sagt Generalleutnant Manfred Eisele, Beigeordneter Generalsekretär in der Hauptabteilung Friedensoperationen. Die bemerkenswerteste und aus deutscher Sicht historisch wichtigste Handlung im Sicherheitsrat unter dem Vorsitz des Grafen Rantzau sei dessen letzte Amtshandlung vor Eintritt in den